

15 Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Krise im Nord-Osten Syriens

Nach neuen Militäroperationen im Nordosten Syriens warnen 15 Hilfsorganisationen vor einer zunehmenden Gefahr für die Zivilbevölkerung. Gleichzeitig droht aufgrund der unsicheren Lage die Schließung der Hilfsprogramme.

Laut Berichten von humanitären Helfern vor Ort sind Zivilisten bereits auf der Flucht. Wichtige Basisleistungen wie etwa die Wasserversorgung oder medizinische Hilfe sind unterbrochen. Organisationen berichten davon, dass Mitarbeiter und ihre Familien fliehen, während andere ihre Häuser nicht mehr verlassen können.

Schätzungsweise 450.000 Menschen leben im fünf Kilometer Radius der syrisch-türkischen Grenze und befinden sich in Gefahr, wenn die Konfliktparteien keine maximale Zurückhaltung üben und den Schutz der Zivilbevölkerung in den Vordergrund stellen. Die Gegend beheimatet auch mehr als 90.000 Binnenvertriebene, die während des mehr als acht Jahre andauernden Konfliktes in Syrien bereits mindestens mehr als einmal gezwungen waren, ihr Zuhause zu verlassen.

Laut dem UN-Nothilfebüro (UN OCHA) sind in Nordost-Syrien mindestens 1,65 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Diese lebensrettende humanitäre Hilfe ist derzeit gefährdet, da Hilfsorganisationen durch die instabile Sicherheitslage gezwungen sind, ihre Programme herunterzufahren und Mitarbeiter zu evakuieren. Durch die anhaltende Krise in Idlib und den immensen Bedarf an humanitärer Hilfe im gesamten Land stehen Helferinnen und Helfer bereits jetzt am Rande ihrer Möglichkeiten.

Die Hilfsorganisationen fordern die Konfliktparteien dazu auf, das humanitäre Völkerrecht uneingeschränkt zu respektieren und in besiedelten Gebieten keine explosiven Waffen einzusetzen. Es muss dringend sichergestellt werden, dass alle Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergriffen werden, gleichzeitig muss ein sicherer und ungehinderter Zugang zu humanitären Hilfsgütern ermöglicht werden. Menschen, die in dem von der militärischen Aktion betroffenen Gebiet leben, haben das Recht darauf, sich frei bewegen zu können und dürfen nicht gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben werden.

Gleichzeitig darf es keine erzwungene Rückkehr von geflüchteten Familien aus der Türkei nach Syrien geben. Alle Rückkehrenden könnten massiv in ihrer Sicherheit bedroht werden, erneut vertrieben werden und auf humanitäre Hilfe angewiesen sein, die von der internationalen Gemeinschaft in der aktuellen Situation nicht geleistet werden kann. Nach Angaben der türkischen Regierung stammen schätzungsweise 83 Prozent der drei Millionen Syrerinnen und Syrer in der Türkei nicht aus dem Nordosten von Syrien.

Die internationale Gemeinschaft muss eine wichtige Rolle bei der Lösung dieser Krise einnehmen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der heute die Lage erörtert, muss die Notwendigkeit militärischer Zurückhaltung betonen und die Bedeutung des Schutzes der Zivilbevölkerung und den uneingeschränkten Zugang zu humanitärer Hilfe bekräftigen.

Die Sicherheitslage in der Region ist bereits fragil. Zehntausende Kämpfer und ihre Familien werden in Camps festgehalten. Auch ihre Kinder haben ein Recht auf Schutz und humanitäre Hilfe. Etwa 9.000 Kinder aus rund 40 Nationen im Nordosten von Syrien sollten von ihren Heimatländern wieder aufgenommen werden.

Es muss dringend sichergestellt werden, dass sich die humanitäre Lage im Nordosten von Syrien nicht weiter verschlechtert, um schwerwiegende Folgen von Gewalt für Familien abwenden zu können.

Unterzeichnet von: Action Against Hunger, Christian Aid, CARE International, DanChurchAid, Diakonie Katastrophenhilfe, Humanity & Inclusion, International Rescue Committee, Medecins du Monde, Mercy Corps, Norwegian Refugee Council, Oxfam, People in Need, Terre Des Hommes Italy, Un Ponte Per, World Vision